## **Deutscher Bundestag**

**17. Wahlperiode** 14. 06. 2011

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Markus Tressel, Beate Müller-Gemmeke, Priska Hinz (Herborn), Dr. Valerie Wilms, Cornelia Behm, Harald Ebner, Kai Gehring, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

## Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Tourismuswirtschaft

Die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Tourismuswirtschaft sind eindeutig verbesserungswürdig. Im Gesamtranking der 25 meistgewählten Ausbildungsberufe im DGB-Ausbildungsreport (DGB: Deutscher Gewerkschaftsbund) belegen die Ausbildungen zum Hotelfachmann/zur Hotelfachfrau und zum Restaurantfachmann/zur Restaurantfachfrau die letzten beiden Plätze. Die neu begonnenen Ausbildungsverhältnisse in der Tourismuswirtschaft sind im Jahr von 2008 bis 2009 um insgesamt 9,1 Prozent zurückgegangen. Die Vertragslösungsquoten durch Auszubildende liegen deutlich über dem Durchschnitt. Als Gründe hierfür werden u. a. harte Arbeit, viele Überstunden ohne Lohn- und Freizeitausgleich und mangelnde fachliche Anleitung genannt. Wir fragen die Bundesregierung, was sie bisher unternommen hat, um diese Missstände zu bekämpfen.

## Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation, dass die Ausbildungen zum Hotelfachmann/zur Hotelfachfrau und zum Restaurantfachmann/zur Restaurantfachfrau im Gesamtranking der 25 meistgewählten Ausbildungsberufe im DGB-Ausbildungsreport die letzten beiden Plätze belegen?
- 2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation, dass die Zahl der neu begonnenen Ausbildungsverhältnisse zurückgegangen ist und die Abbrecherquoten dieser Ausbildungen weit über dem Durchschnitt liegen?
  - Was hat die Bundesregierung bisher konkret unternommen, um diesen Tendenzen entgegenzusteuern?
- 3. Wie steht die Bundesregierung zur Einführung eines branchenspezifischen Mindestlohnes in der Tourismuswirtschaft?
- 4. Gibt es bereits Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt zu "Auswirkungen der Arbeit von Jugendlichen in den Abend- und frühen Nachtstunden"?
  - Wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe daraus, hinsichtlich der Flexibilisierung des Jugendarbeitsschutzes von Jugendlichen, die im Hotel- und Gaststättengewerbe tätig sind?
  - Wenn nein, wann werden voraussichtlich Ergebnisse vorliegen?

- 5. Wer kontrolliert Gesetzesverstöße, wie zu lange Arbeitszeiten, die Gewährung von Urlaubsansprüchen und zu kurze Pausen?
- 6. Wie viele Gesetzesverstöße sind seit 2006 registriert worden (bitte einzeln auflisten)?
  - Gibt es regionale Schwerpunkte?
- 7. Wie viele Bußgelder und Freiheitsstrafen wurden seit 2006 aufgrund der Nichteinhaltung von Arbeitsbedingungen von wem verhängt (wenn möglich, bitte differenziert nach Ordnungswidrigkeiten)?
- 8. Unterstützt die Bundesregierung die Forderung nach strengeren Kontrollen in den Betrieben?
  - Wenn ja, wie könnten diese konkret aussehen, und von welcher Behörde sollen sie durchgeführt werden?
- 9. Gibt es, wie im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP angekündigt, Ergebnisse aus der Bund-Länder-Zusammenarbeit, um die Rahmenbedingungen des Gaststättengesetzes zu verbessern?

Wenn ja, wie sehen diese aus?

Wenn nein, wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

- 10. a) Wie schätzt die Bundesregierung die zukünftige Fachkräftesituation in der Tourismuswirtschaft ein?
  - b) Falls die Bundesregierung zu dem Ergebnis kommen sollte, dass wir auf einen Fachkräftemangel zusteuern, was hat die Bundesregierung konkret unternommen, um diese Situation zu beheben?
- 11. Plant die Bundesregierung Maßnahmen, und wenn ja welche, um die Genderspezifik im Bereich der Tourismusberufe zu verringern und so das Fachkräftepotential für die Ausbildungsgänge zu erhöhen?
- 12. a) Wie haben sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitarbeitsplätze, sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplätze und
  die Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeitsarbeitsverhältnisse in den letzten Jahren im Bereich der Tourismuswirtschaft entwickelt, und wie viele Ausbildungsverhältnisse stehen dem
  gegenüber (bitte weitestgehend nach Tourismusgewerbe allgemein, Gastronomie, Hotellerie, Jugendherbergen etc. aufschlüsseln)?
  - b) Falls die Zahlen ergeben, dass sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze reduziert werden und die Anzahl der Minijobs gestiegen ist, wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung vor dem Hintergrund eines möglichen Fachkräftemangels, und was unternimmt sie, um sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu stärken?
  - c) Gibt es Anzeichen dafür, dass Betriebe mit einem Missverhältnis zwischen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen und Ausbildungsverhältnissen arbeiten?

Wenn ja, in welchem Tourismusgewerbe?

- 13. Wie haben sich die durchschnittlichen Löhne und der Medianlohn seit 2006 in der Tourismuswirtschaft entwickelt (bitte weitestgehend nach Tourismusgewerbe allgemein, Gastronomie, Hotellerie, Jugendherbergen etc. aufschlüsseln)?
- 14. Welche Schritte sind aus Sicht der Bundesregierung notwendig, damit sich in Zukunft auch stärker Unternehmen aus der Tourismuswirtschaft CSR-Siegel (CSR: Corporate Social Responsibility) einführen?

- 15. Sind der Bundesregierung die relativ schlechten Arbeitsbedingungen von Beschäftigten auf Flusskreuzfahrtschiffen deutscher Reiseveranstalter bzw. Subunternehmern im Hotel- und Gastronomiebereich bekannt, und wie verhält sie sich dazu?
- 16. Welche sind nach Kenntnissen der Bundesregierung die niedrigsten bekannten Stundenlöhne, die im Hotel- und Gastronomiebereich auf Flusskreuzfahrtschiffen gezahlt werden?
- 17. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf bei der nationalen bzw. europäischen Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung in Bezug auf Arbeitsbedingungen auf Flusskreuzfahrtschiffen (Hotel- und Gastronomiebereich sowie nautisch-technischer Bereich)?
- 18. Über welche Rechtsvorschriften könnten in der Flusskreuzfahrt flächendeckende Tarife eingeführt werden, wie dies in der Seeschifffahrt bereits der Fall ist (ITF-Verdi-Tarifvertrag ITF: Internationale Transportarbeiter-Föderation)?

Berlin, den 10. Juni 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

